



EIDGENÖSSISCHES POLITISCHES

Bern, den 27. November 1964

DEPARTEMENT

p.A.44.21.Cha. - ZN/ds

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen

Requie	DEC 2 1964
No.	10061
Ref.	F.32.0
An die Schweizerische Botschaft	
Pour Monsieur	
Washington	
NA	
Liq. 1 ^e	
Proches	

M. Patural
2

Herr Botschafter,

Wir sind im Besitze Ihrer Mitteilung vom 23. November 1964, womit Sie uns von einem in der Sonntagsbeilage "Parade" zur "Washington Post" veröffentlichten Artikel von Chefredaktor Jess Gorkin, betitelt "Red China's Spy Center" Kenntnis geben.

Die chinesische Botschaft in Bern scheint für viele Journalisten ein beliebtes Thema zu bilden, wo sie ihrer Phantasie freien Lauf lassen können. Es ist nicht das erste Mal, dass sich amerikanische Zeitungen, unter anderem auch die "Washington Post", mit der propagandistischen Tätigkeit der rotchinesischen diplomatischen Vertretung in der Schweiz befassen. So gaben Sie uns beispielsweise mit Schreiben vom 28. Januar 1964 Kenntnis von einem Artikel von Robert H. Estabrook über "Bern Embassy is Busy School for Red China". Sodann erschien am 17. August d.J. ein Artikel von Victor Riesel in der "Los Angeles Times", worin unter anderem behauptet wurde, die Behörden der Elfenbeinküste hätten Beweise, dass rotchinesische Spezialisten in der Schweiz Guerilla-Kämpfer für afrikanische Länder ausbilden. Wir liessen sofort durch unsere Botschaft in Abidjan abklären, wo diese phantastischen Gerüchte ihren Ursprung haben könnten. Ueber die vollständig negative Auskunft unserer Vertretung unterrichteten wir Sie orientierungshalber mit Zuschrift vom 12. November d.J. In diesem Zusammenhang dürfen wir Sie auch auf die Ihnen zugestellte Kopie eines vom 10. September 1964 datierten Briefes verweisen, den der Chef unseres Informations- und Pressedienstes über das Generalkonsulat in Los Angeles persönlich an Herrn Robert Gibson von der Los Angeles Times richtete.

Im neuesten Elaborat der "Washington Post" lässt Jess Gorkin seiner Phantasie die Zügel zweifellos sehr weit schiessen, so dass es uns doch angezeigt erscheint, wieder einmal auf folgende Tatsachen hinzuweisen:

Die chinesische Botschaft in Bern ist zweifellos ein Zentrum emsiger Tätigkeit. Sie liegt aber immer noch im Bereich des üblichen, wenn auch in einem sehr weit gesteckten Rahmen. Es konnte bis jetzt von der Bundesanwaltschaft keine gegen die Schweiz

./.

Dodis



- 2 -

oder ihre auswärtigen Beziehungen gerichtete Tätigkeit kommunistischer Chinesen festgestellt werden. Ueber die Anzahl der in der Schweiz tätigen Rotchinesen sind schon verschiedentlich numerische Angaben publiziert worden, die den Tatsachen nicht entsprechen. Nach einer Aufstellung der Schweizerischen Bundesanwaltschaft vom 4. März 1964 setzte sich der Bestand des Botschaftspersonals wie folgt zusammen:

Beamte I. Kategorie:	Herren	15	(auf Diplomatenliste aufgeführt)
	Frauen	7	
Beamte II. Kategorie:	Herren	41	
	Frauen	<u>2</u>	
	<u>Total</u>	<u>65</u>	

Seither sind im Gesamtbestand von 65 Personen nur interne Verschiebungen vorgenommen worden. In Genf sind 18 Beamte im Konsular- und 2 Personen im Presseagenturdienst tätig, während an der Universität Genf ca. 20 Studenten sich vorwiegend dem Sprachstudium widmen.

Die Dotierung der Botschaft, die zweifellos stärker ist als es die bilateralen Beziehungen erfordern, erklärt sich daraus, dass von Bern aus auch die angrenzenden Länder politisch, kulturell und wirtschaftlich betreut werden. Nach der vor einigen Monaten erfolgten Eröffnung einer rotchinesischen Botschaft in Paris rechneten wir damit, dass eine gewisse Verschiebung des Personals in Richtung der Seinstadt stattfinden werde. Leider ist, wenigstens bis heute, diese Verlagerung nicht eingetreten. Die Botschaft in Paris scheint sich vorläufig auf die französischen Angelegenheiten zu konzentrieren. Dass auch Beziehungen zu den kommunistischen Parteien in der Schweiz und andern Ländern bestehen, ist nicht von der Hand zu weisen. Bisher hat aber kein ausländischer Staat gegen die Tätigkeit der in der Schweiz residierenden Chinesen Einwendungen erhoben.

Zu den in der Sonntagsbeilage "Parade" der "Washington Post" aufgestellten Behauptungen ist u.a. folgendes zu bemerken:

Es ist unverständlich, dass eine Zeitung vom Format der "Washington Post" behaupten kann, im Kanton Uri bestünde eine rotchinesische Trainingsschule für Saboteure. Schon wegen ihrer Hautfarbe können die Chinesen jederzeit unter Kontrolle gehalten werden. Erst kürzlich schrieb der frühere amerikanische Botschafter, Henry J. Taylor, im "Rockford Register-Republic" (30.9.64): "The excellent Swiss Army Intelligence Service (the famous Nachrichtendienst) watches all Reds like a hawk in this intensely anti-Communist nation". Noch kein einziger Journalist hat bis heute seine Behauptungen beweisen und nachweisen können, dass schwarze oder weisse Kommunisten durch Rotchinesen in der Schweiz für eine subversive Tätigkeit ausgebildet werden.

./.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass von der Schweiz aus gewisse finanzielle Transaktionen erfolgt sind. Das hängt unseres Erachtens in erster Linie damit zusammen, dass die Schweiz keine Transfer-Einschränkungen kennt. Das Bankgeheimnis mag auch eine gewisse Rolle spielen, weil die Höhe der bei Banken deponierten Gelder und die Auszahlungen nicht kontrollierbar sind. Im weitern möchten wir auch nicht bestreiten, dass die Botschaft junge Diplomaten schult. Wir haben festgestellt, dass die Rotchinesen derzeit grosse Anstrengungen zur Erlernung insbesondere der französischen Sprache unternehmen.

Im erwähnten Artikel wird auch die Vermutung ausgesprochen, die chinesische Botschaft könnte das Hauptquartier für China's weltweiten illegalen Narkotik-Handel sein. Dazu ist zu bemerken, dass weder die Bundesanwaltschaft noch die Eidgenössische Zollverwaltung irgendwelche Angaben besitzen, die auf einen solchen Handel schliessen liessen. Auch das ist eine aus der Luft gegriffene Behauptung.

Der Hinweis auf das Verbot des weiteren Vertriebes der Propagandaschrift "Revolution" ist wohl der beste Beweis dafür, dass die schweizerischen Behörden wachsam sind und in unserem Lande keine gegen befreundete Staaten gerichtete Propaganda dulden. Die Schrift "Etincelle" ("Spark") wird von der in Vevey etablierten prochinesischen schweizerischen Kommunistenpartei vertrieben. Der Druck und Vertrieb scheint anfänglich von der chinesischen Botschaft in Bern finanziell unterstützt worden zu sein, doch dürfte dies heute nach Angaben der Bundesanwaltschaft kaum mehr der Fall sein, denn sie hat derzeit praktisch keine Bedeutung mehr.

Die Ausführungen von Herrn Jess Gorkin lassen darauf schliessen, dass er die Schweiz schlecht kennt. Wir möchten daher bei dieser Gelegenheit erneut darauf aufmerksam machen, dass unser Informations- und Pressedienst immer bereit ist, ausländische Journalisten, die die Schweiz besuchen, zu empfangen und ihnen, soweit möglich, die gewünschte Auskunft zu erteilen.

Wir sind durchaus mit Ihnen einverstanden, dass die grössten Entstellungen richtiggestellt werden sollten. Dabei können u.E. verschiedene Wege beschritten werden. Einmal, dass Sie sich direkt mit einer Entgegnung an die "Washington Post" wenden. Sodann wäre es denkbar, Ihnen bekannte Journalisten oder nahestehende Politiker für eine Richtigstellung einzuschalten. Wir können von hier aus nicht ohne weiteres beurteilen, ob für diesen zweiten Weg eine praktische Möglichkeit besteht. (Vielleicht könnte auch Herr Imhoof von der NZZ einen guten Rat geben.) Von hier aus gesehen würden wir jedenfalls diesen zweiten Weg eher vorziehen, da direkte Entgegnungen diplomatischer Missionen erfahrungsgemäss nicht immer

- 4 -

empfehlenswert sind. Einerseits wird dadurch bewirkt, dass der Zeitungsleser dem ursprünglichen Artikel eine Bedeutung beimisst, die er in Wirklichkeit gar nicht verdient. Andererseits könnte es im konkreten Falle heikel sein, von der Botschaft aus dem amerikanischen Publikum erklären zu wollen, weshalb die Schweiz - im Gegensatz zur hartnäckig verfochtenen amerikanischen Politik - die Volksrepublik China schon seit Jahren anerkennt und sich damit in Widerspruch zu den amerikanischen politischen Zielen stellt. Eine Polemik hierüber wäre zweifellos nicht opportun und sollte möglichst vermieden werden. Ein dritter Weg bestünde schliesslich vielleicht darin, von einer direkten Entgegnung auf den Artikel - sei es durch Ihre Botschaft selbst, sei es von befreundeter Seite - überhaupt abzusehen und statt dessen einen neuen Aufsatz über die Schweiz im allgemeinen zu provozieren, der geeignet und darauf angelegt sein könnte, das falsche Bild der Ausführungen von Mr. Jess Gorkin zu überdecken. Wir möchten es aber Ihnen überlassen, das Ihnen am besten scheinende und mögliche Vorgehen zu wählen.

Wir versichern Sie, Herr Botschafter, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Der Generalsekretär

Micheli